

An den Gewerkschaftstag der GEW-Bremen vom 09. bis 10. November 2011

Resolutionsantrag: Solidarität mit der chilenischen Protestbewegung
Antragsteller: GEW-Betriebsgruppe der Universität Bremen

Der Gewerkschaftstag möge die folgende Resolution beschließen:

„El pueblo unido!“ – Solidarität mit der chilenischen Protestbewegung

Seit Monaten erlebt Chile eine gewaltige, von Studierenden der Universitäten ausgehende, soziale Protest- und Streikbewegung. Im Vordergrund steht dabei der Kampf um eine bessere, sozial gerechte und kostenlose Bildung für die Menschen in Chile.

Die Proteste haben ihre Wurzeln im politischen Umbruch von 1973. Nach dem Sturz von Präsident Salvador Allende und seiner sozialistischen Regierung der Unidad Popular durch das Militär, entwickelte sich Chile unter der Diktatur von General Augusto Pinochet und Anleitung des US-amerikanischen Ökonomen Milton Friedman zu einem Testlabor des Neoliberalismus und der freien Märkte. Daran hat sich auch nach dem Ende der Diktatur unter den demokratisch gewählten Regierungen der letzten zwanzig Jahren nichts Grundlegendes geändert. In der Bildungspolitik bedeutete das die fortschreitende Privatisierung von Bildungseinrichtungen. Bereits 1981 wurde unter dem Pinochet-Regime der freie Hochschulzugang abgeschafft, eine Entscheidung, deren Auswirkungen bis heute vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten zu spüren bekommen. In der Konsequenz sind heute nur noch 25 Prozent des chilenischen Bildungssystems öffentlich finanziert. Laut einer OECD-Studie von 2010, gibt Chile nur etwa 838 US-Dollar pro StudentIn aus, während der Durchschnitt in der OECD jedoch 10-mal so hoch ist. Nun hat sich die Wut der Menschen über die Mißstände im Land in einer massenhaften Protestbewegung entladen. Ein breites Bündnis von Studierenden, Lehrenden, ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen hat sich solidarisiert um gegen das neue Gesetz zur „Sicherung der Bildungsqualität“ und für soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren.

Jeder hat das Recht auf Bildung und sie soll allen in gleicher Weise offen stehen, heißt es in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO. Bildung vermittelt Wissen zur Emanzipation und ist die wesentliche gesellschaftliche Grundlage für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden. Sie ist eine öffentliche Aufgabe und gehört den privaten Interessen des Kapitals entzogen. Bildung ist keine Ware sondern ein Grundrecht!

Der Landesverband Bremen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erklärt sich solidarisch mit der Protestbewegung in Chile und unterstützt ihre politischen Forderungen nach Gleichberechtigung, sozial- gerechter Bildung und einem kostenlosen Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Wir fordern die chilenische Regierung auf, die abgebrochenen Verhandlungen mit den Studierenden wieder aufzunehmen, um so auch einer weiteren Eskalation und Radikalisierung der Proteste entgegen zu wirken.

Begründung:

Für GewerkschafterInnen ist der freie Zugang zur Bildung ein zentrales Anliegen im Kampf um soziale, kulturelle und wirtschaftliche Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Diesen Kampf haben wir an allen Fronten auszufechten. Wir tun dies in Deutschland und in der Europäischen Union gemeinsam mit Studierenden, der sozialen Bewegung und der politischen Opposition. Als Teil der internationalen Gewerkschaftsbewegung muss es uns daher Aufgabe und Verpflichtung sein, die Protestbewegung in Chile zu unterstützen.

Ihr Anliegen ist das unsere!

Datenquelle: Education at a Glance 2010: OECD Indicators, <http://www.oecd.org>